Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 33 (2014)

Heft: 65

Artikel: Nationaler Populismus und marktliberales Krisenmanagement : Legitimationsverlust der europäischen Integration und Chancen progressiver Reformen

Autor: Bieling, Hans-Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652660

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans-Jürgen Bieling

Nationaler Populismus und marktliberales Krisenmanagement

Legitimationsverlust der europäischen Integration und Chancen progressiver Reformen

Im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament prägten Befürchtungen über die mutmasslichen Erfolge rechtspopulistischer Parteien die öffentlichen Diskussionen (z. B. Lucke 2014). Nach den Wahlen schienen viele Beobachter dann erleichtert. Offenbar haben sich die schlimmsten Befürchtungen nicht erfüllt. So blieben die rechtspopulistischen Kräfte in einigen Ländern – etwa die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – deutlich hinter den Erwartungen zurück oder mussten wie die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden, der Vlaams Belang in Belgien oder die Lega Nord in Italien sogar signifikante Einbussen hinnehmen. Und während die populistische oder extreme Rechte in sich vielfach gespalten ist, kann sich das EU-Parlament in seiner alltäglichen Arbeit noch immer auf eine sehr breite Mehrheit der in den Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) versammelten Parteien stützen.

Auch wenn sich somit die politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse zu stabilisieren scheinen, was durch eine gewisse – zumindest vorübergehende – ökonomische Beruhigung unterstützt wird, bestehen beträchtliche Zweifel, ob die öffentliche Erleichterung wirklich gerechtfertigt ist. So ist davon auszugehen, dass in den grossen Mitgliedstaaten, vor allem in Frankreich mit dem Front National, in Grossbritannien mit der United Kingdom Independence Party (UKIP) und begrenzt auch in Deutschland mit der Alternative für Deutschland (AfD), ein beträchtlicher Druck auf die Regierungen und etablierten Parteien ausgeübt wird. Und auch in den meisten anderen Staaten dürften sich die nationalpopulistischen Kräfte einer progressiv-demokratischen Umgestaltung der Europäischen Union widersetzen. Im Zusammenspiel von autoritärem Marktliberalismus und nationalem Populismus, zwei feindlichen, sich aber wechselseitig stützenden Brüdern, könnten die bestehenden reformpolitischen Blockaden nicht nur vorübergehend, sondern strukturell verstärkt werden.

Eigentlich ist diese Blockade schon seit längerem erkennbar. Sie ist aber erst in dem Masse zutage getreten, wie sich der marktliberal-autoritäre

Entscheidungsmodus in der Krise akzentuierte und die nationalpopulistischen Kräfte an Einfluss gewonnen haben. Um zu verstehen, wie diese beiden Prozesse ineinandergreifen, wird nachfolgend der Legitimationsverlust der europäischen Integration als Folge des EU-Krisenmanagements rekonstruiert. Danach steht das Phänomen – die prägenden Merkmale und zentralen Triebkräfte – des nationalen Populismus im Fokus. Der Beitrag schliesst mit einigen Überlegungen zu den Chancen, die identifizierten europapolitischen Reformblockaden zu überwinden.

Krisenmanagement und Legitimationsverlust der europäischen Integration

Wenn hier von Reformblockaden die Rede ist, so ist damit nicht gemeint, dass die Operationsweise der Europäischen Union in den letzten Jahren unverändert fortdauert. Gemäss Manuel Barroso, dem vormaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, lassen sich vielmehr Facetten einer «stillen Revolution» identifizieren (Klatzer/Schlager 2011), in deren Folge sich im Kontext der Eurokrise die wirtschaftspolitischen Gestaltungsregeln zum Teil grundlegend gewandelt haben. Dieser Wandel erstreckt sich vor allem auf drei Bereiche:

Erstens sollten durch eine umfassende Reregulierung der zuvor stark deregulierten Finanzmärkte die wirtschafts- und gesellschaftspolitisch unerwünschten Krisen- und Destabilisierungseffekte eingedämmt werden; dieser Prozess ist jedoch aufgrund vielfältiger Widerstände seitens der Finanzzentren und Finanzmarktakteure zum Teil abgewehrt und verwässert worden (Rixen 2013; Bieling 2014).

Zweitens drängten die Finanzmarktakteure, deren Verbände, Thinktanks und viele Experten darauf, zur Stabilisierung der Eurozone gemeinschaftliche Instrumente und Ressourcen bereitzustellen: so etwa den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und eine expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) in Verbindung mit der Ankündigung, zur Zinssenkung notfalls unbegrenzt Kredite in Bedrängnis geratener Staaten aufzukaufen. Ausserdem verständigte man sich auf eine Bankenunion mit einer bei der EZB angesiedelten Aufsicht für transnationale Kreditinstitute, auf ein europäisches Verfahren der Bankeninsolvenz und -abwicklung sowie ein gemeinschaftliches Einlagensicherungssystem.

Drittens sind neben diesen Elementen einer europäischen Haftungsgemeinschaft auf Druck der transnationalen Gläubigergemeinschaft vor allem die Mechanismen der austeritätspolitischen Konsolidierung gestärkt worden (Konecny 2012). So übernahm die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF im Falle der ESM-Kredite eine aktive Rolle; mit dem «Europäischen Semester» wurde eine engere finanzpolitische Koordination etabliert; der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde durch zwei Gesetzespa-

kete – «Six-Pack» und «Two-Pack» – verschärft; und mit dem «Fiskalpakt» wurde die deutsche «Schuldenbremse» verallgemeinert.

Die aufgeführten Neuerungen lassen sich als Ausdruck eines «europäischen Krisenkonstitutionalismus» begreifen (Bieling 2011), im Zuge dessen die Spielregeln des wirtschafts- und finanzpolitischen Regierens in der EU, insbesondere in der Eurozone transformiert werden. Der Krisenkonstitutionalismus steht einerseits in der Tradition des «neuen Konstitutionalismus» (Gill 1998, 5); er entspricht den Bestrebungen des transnational operierenden Kapitals und versucht, für Europa eine marktliberale Wirtschaftsverfassung zu etablieren und diese zugleich demokratischen Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten tendenziell zu entziehen. Andererseits werden im Rahmen des Krisenmanagements aber auch zusätzliche politische Steuerungsinstrumente geschaffen, deren Verwendung exekutivlastig und autoritär definiert ist (Oberndorfer 2012) und die zur marktliberalen Grundordnung der EU in einem gewissen Spannungsverhältnis stehen.

Das europäische Krisenmanagement stellt demzufolge den Versuch dar, die europäische politische Ökonomie neu zu justieren, ohne die bestehenden Machtbeziehungen infrage zu stellen. Es handelt sich in diesem Sinne um eine «passive Revolution» (Gramsci 1991ff., 1242ff.), d.h. um eine «von oben» initiierte schrittweise Transformation des europäischen Regulationsgefüges, die aufgrund der verschärften gesellschaftlichen Problemlagen und Widersprüche hegemonial allerdings nur sehr schwach verankert ist. Hierauf verweisen vor allem folgende Entwicklungen:

Erstens haben sich die ökonomischen Krisenprozesse in vielen Ländern verfestigt. Im Übergang von der Finanz- und Wirtschaftskrise in die sogenannte Staatsschuldenkrise kam es zu einem Kurswechsel hin zur Austeritätspolitik, der in vielen Ländern in einen Circulus vitiosus mündete. Die Sparprogramme hatten nämlich zur Folge, dass die Wirtschaftstätigkeit weiter erlahmte, die Steuereinnahmen zurückgingen und die öffentlichen Schulden – trotz des Sparens – weiter anstiegen (Busch et al. 2013). Zugleich verschlechterte sich für einen Grossteil der Bevölkerung die soziale Situation. Die Erwerbslosigkeit, insbesondere die Jugenderwerbslosigkeit schnellte nach oben, die öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen brachen ein, die Löhne und Sozialleistungen wurden beschnitten und die Arbeitszeiten verlängert und flexibilisiert.

Zweitens sorgte der autoritäre austeritätspolitische Kurswechsel dafür, dass der Übergang in die «Post-Demokratie» (Crouch 2008), also der Rückzug breiter Bevölkerungsschichten aus der Politik, zusätzlich beschleunigt wurde. Das europäische Krisenmanagement ist insgesamt sehr exekutivlastig angelegt. Im Zuge der Herausbildung eines europäischen «Exekutivföderalismus» (Habermas 2011, 8) sind die Regierungen der Gläubigerstaaten, die Europäische Kommission und auch die EZB gegenüber

dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten gestärkt worden. Zugleich haben sich in den politischen Verhandlungen die Interessen der transnationalen Finanzwelt stärker zur Geltung gebracht. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass auf missliebige Regierungen – etwa die von Papandreou in Griechenland – Druck ausgeübt und die europäische Agenda einer finanzmarktpolitischen Reregulierung stark verwässert wurde (Bieling 2014).

Drittens artikulieren sich die sozioökonomischen und demokratiepolitischen Krisenprozesse schliesslich auch in einer schwindenden öffentlichen Zustimmung zur europäischen Integration. Nachdem der «permissive Konsensus», d.h. die positive Grundhaltung aufgrund wohlfahrtssteigernder und friedenssichernder Effekte, im Zuge der Post-Maastricht-Krise schon zu Beginn der 1990er-Jahre erkennbar erodiert war (Deppe 1993), sich dann aber einigermassen stabilisieren konnte, schwindet die Zustimmung zur Integration seit 2007 geradezu dramatisch. Die Delegitimation stellt sich dabei allerdings unterschiedlich dar: Auf der einen Seite ist die Bevölkerung in den krisengeschüttelten Schuldnerländern zunehmend weniger bereit, die austeritätspolitischen Anpassungslasten zu tragen; und auf der anderen Seite schwindet in den Überschussländern die Bereitschaft, die Funktionsdefizite der Wirtschafts- und Währungsunion mit öffentlichen Garantien für die Defizit- und Schuldnerländer auszubalancieren.

Das Phänomen des nationalen Populismus

Der politökonomisch induzierte Legitimationsverlust der europäischen Integration bildet für die nationalpopulistischen Parteien eine gute Gelegenheit, sich im politischen Diskurs zu profilieren (Werner 2013). Schliesslich erhalten all jene Probleme und Konflikte – die Kontrolle und Verfügung über wohlfahrtsstaatliche Ressourcen und die Verselbständigung des politischen Establishments –, die schon in der Vergangenheit thematisiert worden sind, durch das europäische Krisenmanagement neue Nahrung; und gleichzeitig tragen die nationalpopulistischen Diskurse dazu bei, tragfähige transnational-solidarische Reformprozesse zu blockieren.

Die soziokulturelle, ethnische oder bisweilen xenophobe Orientierung am Nationalstaat hat dem Populismus, der sich in Europa in zwei Wellen – in den 1970er- und 1990er-Jahren – formierte (Priester 2012), eine zunächst sehr starke rechte politische Prägung gegeben. Nicht selten wird daher versucht, die aufkommenden rechtspolitischen Bewegungen und Organisationen in Kategorien zu unterteilen und rechtsextreme, radikalrechtspopulistische und moderat-rechtspopulistische Formationen zu identifizieren (Hartleb 2014, 20ff.), d.h. innerhalb des Rechtspopulismus selbst zwischen soziokulturell autoritären und libertären Strömungen zu

unterscheiden (Priester 2012, 4). So hilfreich derartige Klassifikationen auch sind, so leicht lenken sie davon ab, dass sich der nationale Populismus in den letzten Jahren zunehmend aus dem *Zentrum* der europäischen Gesellschaften heraus entfaltet. Oft lässt er sich jedenfalls nicht mehr eindeutig als ein rechtes politisches Projekt charakterisieren; und vermehrt bedienen die nationalpopulistischen Parteien vor allem jene Einstellungen und Diskurse, die für das nationale Selbstverständnis prägend und identitätsbildend waren und sind.

Nicht selten ist das Bestreben, an populäre nationale Alltagsdiskurse anzuknüpfen, bereits im Parteinamen erkennbar. Dies gilt für die «Die wahren Finnen» (inzwischen nur noch «Die Finnen») und die «Schwedendemokraten», deren Wahlerfolge sich massgeblich auf eine nationalistische, wohlstandschauvinistisch motivierte Verteidigung von Wohlfahrtsstaat und demokratischen Institutionen gründen (Kuisma/Ryner 2012); für den Front National, der in der Verknüpfung von Finanzmarktkritik, EU-Kritik, Immigrationsbegrenzung und sozialer Protektion die in der französischen Gesellschaft stark verankerten republikanischen Traditionen anruft und nationalistisch-xenophob artikuliert (Werner 2013, 246f.); auch für die Alternative für Deutschland (AfD), die im öffentlichen Diskurs allseits präsente historische Mythen – wie etwa die Hyperinflation von 1923 oder das mit der Währungsreform von 1948 verknüpfte Wirtschaftswunder – anruft und das in Deutschland sehr einflussreiche ordo-liberale Denken europapolitisch radikalisiert (Bebnowski/Förster 2014, 15ff.).

Diese und andere Beispiele verdeutlichen, dass die jüngeren Erscheinungsformen des nationalen Populismus in Europa zum Teil in der Tradition älterer populistischer Bewegungen stehen. Sie zeichnen sich allgemein, so Karin Priester (2012, 4; ähnlich Schönfelder 2013, 106), «durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den Common Sense, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik». Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, dass die aufgeführten Merkmale nicht auf alle nationalpopulistischen Organisationen gleichermassen zutreffen. Ebenso haben sich keineswegs in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union relevante nationalpopulistische Parteien herausgebildet. In den hoch verschuldeten südeuropäischen Ländern und in Irland, zum Teil auch in Osteuropa, spielen sie bislang keine oder allenfalls eine vernachlässigbare Rolle, wogegen sie in den relativ wohlhabenden sogenannt nordischen Ländern und grösseren EU-Mitgliedstaaten deutlich an Zulauf gewonnen haben.

Die regionale Struktur korrespondiert denn auch mit einem spezifischen Profil des nationalen Populismus, in dessen Zentrum eine gestärkte und demokratisierte nationale Handlungsfähigkeit steht. Obgleich diese

Zielsetzung selbst für die ökonomisch einflussreichen und relativ stabilen Länder in mancher Hinsicht eine Illusion darstellt, ist ihre öffentliche Ausstrahlung für die Herausbildung nationalpopulistischer Narrative grundlegend: zum einen, weil ohne die Perspektive einer gestärkten nationalen Handlungsfähigkeit die auf den Nationalstaat bezogenen Zukunftsversprechen und politischen Mythen nur allzu rasch entzaubert oder als utopisch denunziert werden; und zum anderen, weil der Verweis auf nationale Demokratie und Volkssouveränität ein wichtiges Vehikel darstellt, um grössere Teile der Bevölkerung gegen das Establishment und die verselbständigte politische Apparatur der EU zu mobilisieren.

Gerade der letztgenannte Aspekt verdeutlicht, dass dem Populismus stets auch emanzipatorische Impulse eigen sind. In der wissenschaftlichen wie politischen Debatte spielen diese Impulse oft nur eine Nebenrolle. Die Erinnerungen an die demokratiepolitisch progressive Agenda der populistischen Bewegung in den USA sind längst verblasst (Lasch 1995, 105ff.). Stattdessen wird der Populismusbegriff als Kampfformel zumeist dem politischen Gegner angeheftet, um dessen programmatische und strategische Orientierung von vornherein zu diskreditieren (D'Eramo 2014, 8). In der politischen Praxis wird diese Diskreditierungsabsicht zum Teil aber auch unterlaufen; und zwar in dem Masse, wie der populistische Diskurs offenkundige Missstände attackiert und die Öffentlichkeit für die Verselbständigung ökonomischer und politischer Herrschaftsstrukturen sensibilisiert. Diese kritischen Potenziale werden in der wissenschaftlichen Populismusforschung keineswegs vollkommen ignoriert. Sie werden allerdings nur insofern einbezogen, als ihnen eine reinigende, das politische Establishment herausfordernde Wirkung des populistischen Diskurses zugestanden wird.

Ob diese reinigende Wirkung, die den Populismus zu einem zyklischen Phänomen degradiert, auch für den jüngeren nationalen Populismus gilt, ist alles andere als gewiss. So verkörpern die meisten Bewegungen und Parteien sicherlich auch kulturelle Faktoren, z. B. antieuropäische Affekte, aber es sind immer auch politische Kräfte, die Operations- bzw. Organisationsdefizite ansprechen, die der europäischen Integration systematisch eingeschrieben sind. Die hierbei vorgebrachte Kritik mag inhaltlich oft nationalistisch verzerrt sein, ist aber keineswegs aus der Luft gegriffen, wie die folgenden Befunde zeigen:

- Die europäische politische Ökonomie setzt aufgrund ihrer marktliberalen und austeritätspolitischen Stossrichtung die nationalen Systeme der arbeits- und sozialpolitischen Regulation einem verstärkten Reform- und Anpassungsdruck aus. In der Bearbeitung dieses Drucks stehen den nationalen Akteuren – Regierungen, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften – sicherlich unterschiedliche

Ressourcen und Handlungsoptionen zur Verfügung. Dies ist allerdings nicht so zu verstehen, dass ein harter und umfassender Sozialabbau unmittelbar nationalpopulistische Widerstände provoziert. Diese entfalten sich vielmehr vor allem in jenen Gesellschaften, in denen die politökonomisch induzierte Infragestellung des Wohlfahrtsstaates mit seinem besonderen – öffentlichen und kulturellen – Stellenwert kollidiert.

- Die nationalpopulistische Kritik richtet sich nun allerdings nur partiell gegen den hier skizzierten Reformdruck. Sie adressiert häufig vor allen die grenzüberschreitenden Transferleistungen, also die Finanzmittel aus den diversen Strukturfonds, die der ungleichen Entwicklung innerhalb der europäischen politischen Ökonomie eigentlich entgegenwirken sollen. Derartige Transfers sind vor dem Hintergrund fortbestehender administrativer Ineffizienzen, von Praktiken des Sozialdumpings oder von Steuerschlupflöchern im öffentlichen Diskurs oft nur schwer zu vermitteln. Die zuweilen geforderte Beschneidung oder gar Abschaffung dieser Instrumente des regionalen Ausgleichs ist einer wohlfahrtsstaatlich abgefederten Integration der europäischen Ökonomie letztlich jedoch abträglich.
- Die dritte Komponente der Kritik thematisiert die ademokratische Ausprägung des EU-Systems. Dieses enthält durchaus Dimensionen der repräsentativen und assoziativen Demokratie sowie der Gewaltenteilung. Im Zuge der sukzessiven Vergemeinschaftung politischer Kompetenzen sind diese Dimensionen bislang aber nur unzureichend gestärkt worden. Im Vordergrund stehen nicht selten entgegengesetzte Strukturen und Prozesse: so etwa der bereits erwähnte «neue Konstitutionalismus» (Gill 1998); die durch den umfassenden Lobbyismus begünstigte «Kumulation informeller Herrschaft» (Brunkhorst 2007, 21); oder die Konsens- oder zumindest Kompromissorientierung des EU-Systems, das konkurrierende politische Optionen nur unzureichend abbildet und somit nicht in der Lage ist, die europapolitischen Aktivitäten an eine lebhaft-kritische transnationale Öffentlichkeit rückzubinden.

Ausblick: Chancen und Probleme progressiver Reformkonzeptionen

Die aufgeführten Aspekte deuten darauf hin, dass die «Marginalisierung des Volkes» – gleichsam als strukturelle Voraussetzung und Nährboden nationalpopulistischer Diskurse – durch die europäische Integration in mehrfacher Hinsicht begünstigt wird. Im Zuge der jüngeren Krisenprozesse und unter den Praktiken eines autoritären Krisenmanagements wird diese Marginalisierung nicht nur fortgesetzt. Der nationale Populismus trägt durch die Abwehr demokratisch orientierter, gemeinschaftlich-solidarischer Strategien sogar selbst dazu bei, die für ihn günstigen struktu-

rellen Voraussetzungen zu reproduzieren. Die vorherrschende Integrationslogik, die sie tragenden Kräfte und der nationale Populismus bestärken sich wechselseitig in dem Masse, wie sie das nichtbenannte Dritte systematisch ausklammern: die «neue oligarchische Ordnung» (D'Eramo 2014, 23ff.) und den transnationalen Machtblock, der die Operationsweise des europäischen Finanzmarktkapitalismus massgeblich anleitet und orchestriert.

Alternative gesellschafts- und europapolitische Konzeptionen und Strategien haben genau an diesem Punkt anzusetzen. Ihnen kommt zum einen die Aufgabe zu, die marktliberal-autoritäre Vertiefung der europäischen Integration, einschliesslich der mit dieser verbundenen Tendenzen der sozioökonomischen, soziokulturellen und diskursiven Desintegration, als Ausdruck der transnationalen Herrschaft von (Geld-)Vermögensbesitzern zu kritisieren. Zum anderen müssen sie deutlich machen, dass entgegen der nationalpopulistischen Programmatik die Stärkung wohlfahrtsstaatlicher Organisation – selbst in den wirtschaftlich relativ erfolgreichen Gesellschaften – ohne eine solidarische Transformation der europäischen politischen Ökonomie nicht gelingen kann.

Im Kontrast zur nationalen Abschottung sind demzufolge politische Projekte zu entwickeln, die im Sinne eines «progressiven Konstitutionalismus» die demokratisch-solidarischen Handlungsmöglichkeiten in der EU, einschliesslich der nationalen und regionalen Arenen, erweitern. Ein Schwerpunkt sollte sein, die marktliberal-autoritäre Engführung der Wirtschafts- und Währungsunion zu korrigieren. Im Zuge des Krisenmanagements sind mit der pragmatischen Geldpolitik der EZB, der Bankenunion und mit den gemeinschaftlichen Stabilisierungsfonds bereits einige Elemente in dieser Richtung entwickelt worden. Diese gilt es freilich mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ergänzen, insbesondere durch die Abschwächung der Wettbewerbspolitik und die Entwicklung industriepolitischer Instrumente sowie durch eine verteilungspolitisch gerechtere Steuerpolitik. Letztlich würde ein solcher Prozess auf einen neuen – auf sozialen Ausgleich und politische Kontrolle ausgerichteten – Vergemeinschaftungsschub hinauslaufen. Um aber den ademokratischen, potenziell autoritären Charakter der EU nicht noch weiter zu stärken, müsste als zweiter Schwerpunkt eine nachhaltige Demokratisierung des EU-Systems gefordert werden. Entsprechende Reformschritte sollten dabei der Genese einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit förderlich sein. Zum einen sind die zivilgesellschaftlichen Akteure zu mobilisieren; und zum anderen ist komplementär zur Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung die Funktionsweise des EU-Parlaments zu verändern: Sie sollte weniger auf Kompromiss angelegt sein als vielmehr – nach dem Muster von Regierung und Opposition – auf Konflikt

und entsprechend zurechenbare politische Positionen umgestellt werden. Eine solche Umstellung erweitert freilich nicht nur die demokratischen Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten, sondern bietet auch Angriffsflächen und neue Gelegenheiten für nationalpopulistische Kräfte.

Literatur

Bebnowski, David / Förster, Lisa Julika, 2014: Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. OBS-Arbeitspapier 14. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt a. M.

Bieling, Hans-Jürgen, 2011: EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie. In: Widerspruch, Heft 61, Zürich, 61–70

Bieling, Hans- Jürgen, 2014: Shattered Expectations: The Defeat of European Ambitions of Global Financial Reform. In: Journal of European Public Policy, Vol. 21(3), Oxford, 346–366

Brunkhorst, Hauke, 2007: Unbezähmbare Öffentlichkeit – Europa zwischen transnationaler Klassenherrschaft und egalitärer Konstitutionalisierung. In: Leviathan, 35, Heft 1, Berlin, 12–29

Busch, Klaus / Hermann, Christoph / Hinrichs, Karl / Schulten, Torsten, 2013: Euro Crisis, Austerity Policy and the European Social Model. How Crisis Policies in Southern Europe Threaten the EU's Social Dimension. International Policy Analysis, February. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt a. M.

Deppe, Frank, 1993: Von der «Europhorie» zur Erosion – Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG. In: Deppe, Frank / Felder, Michael: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG). FEG-Arbeitspapier Nr. 10, Marburg, 7–62

D'Eramo, Marco, 2014: Populism and the new Oligarchy. In: New Left Review, 82, London, 5–28

Gill, Stephen, 1998: European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: New Political Economy, 3(1), Oxford, 5–26

Gramsci, Antonio, 1991ff.: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg

Habermas, Jürgen, 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Frankfurt a. M.

Hartleb, Florian, 2014: Die Wandlungsfähigkeit von und die Herausforderung durch Populismus, Extremismus und Terrorismus in Europa. In: Schieren, Stefan (Hg.): Populismus, Extremismus, Terrorismus. Schwalbach, 8–35

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2011: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel 26(1), Wien, 61–81

Konecny, Martin, 2012: Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien. In: Prokla, 42(3), Münster, 377–394

Lasch, Christopher, 1995: Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung, Hamburg

Lucke, Albrecht von, 2014: Europa und die rechte Versuchung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 59(5), Berlin, 5–8

Kuisma, Mikko / Ryner, Magnus, 2012: Third Way Decomposition and the Rightward Shift in Finnish and Swedish Politics. In: Contemporary Politics, 18(3), Oxford, 325–342

Oberndorfer, Lukas, 2012: Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Die

EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster, 50–71

Priester, Karin, 2012: Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5/6, Bonn, 3–9

Rixen, Thomas, 2013: Why Reregulation after the Crisis is Feeble: Shadow Banking, Offshore Financial Centers, and Jurisdictional Competition. In: Regulation & Governance, 7(4), 435–459

Schönfelder, Sven, 2013: Europäischer Rechtspopulismus. In: Bathke, Peter / Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln, 96–111

Werner, Alban, 2013: Rechtspopulistische Opposition in der Eurokrise. In: Das Argument, 55 (1/2), Hamburg, 240–250

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

301 Neugründung Europas als passive Revolution?

M. HEINRICH & B. JESSOP: EU-Krise für die Kulturelle Politische Ökonomie

H.-J. BIELING: Krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums

K.G. ZINN: Eine keynesianische Einschätzung

D. PLEHWE: Europäische Krise oder europäische Dimension der Krisen

I. SOLTY & ST. GILL: Krise, Legitimität und die Zukunft Europas

W. ADOLPHI: DDR-Anschluss und EU-Griechenland-Politik im Vergleich

D. BOHLE: Europas andere Peripherie: Osteuropa

F. DEPPE: Probleme der politisch-strategischen Positionierung der Linken

ST. LEHNDORFF: Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise

ALEXANDRA SCHEELE & CLAIRE ANNESLEY: Geschlechterpolitische Implikationen der Wirtschaftskrise in GB und BRD

A. FISCHER-LESCANO & K. MÖLLER: Europa im Widerspruch von Demokratie u. Kapitalismus

A. WERNER: Rechtspopulistische Opposition

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

www.inkrit.org

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o S.Müller
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg
Tel: +49-(0)40-5543 5506 · argument@inkrit.org